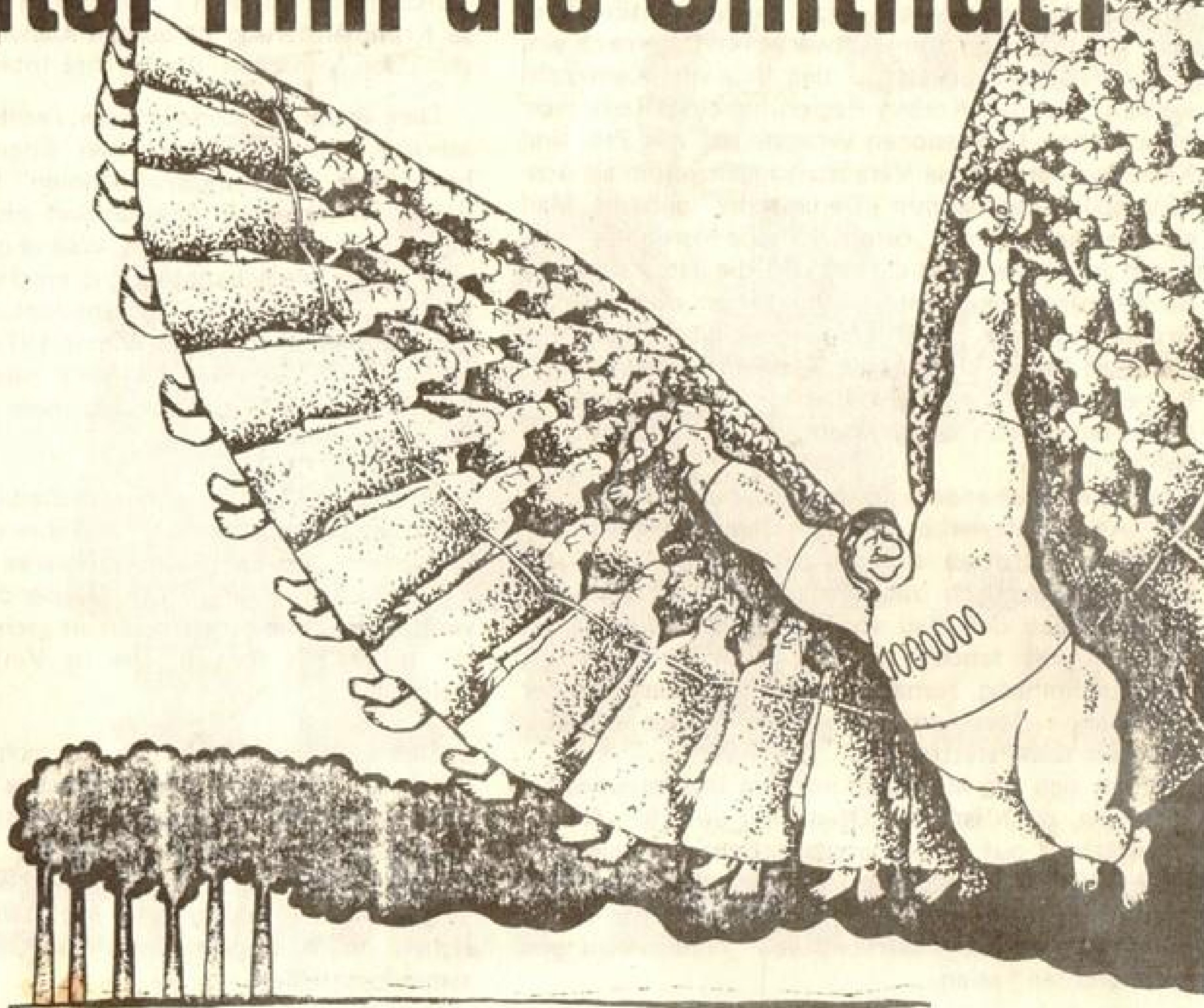
# Hinter ihm die Sintflut?




Die Millionäre aus Politik und Wirtschaft schweben über den Wolken. Über den Rauchwolken, die – damit der Profit stimmt – ungefiltert aus den Schloten qualmen und die Luft verpesten. Und über den Flüssen, die durch die ungeklärten Abwässer der chemischen Industrie zu stinkenden Kloaken werden. Damit die Umweltzerstörung noch schneller vor sich geht, wollen die hohen Herrschaften ihr Hinter-uns-die-Sintflut-Programm durch die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken beschleunigen. Wir sollten sie auf den Boden der Tatsachen zurückholen.

# Wir müssen uns wehren!

Kommen Sie zur

**Kundgebung der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs am 1. Mai 1977. Treffpunkt am Burgring ab 12.15 Uhr (vor dem Maria-Theresia-Platz, gegenüber dem Burgtor).**

„Für die Volksmacht." Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treill; alle 1200 Wien, Universumstraße 40/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien.

für die
# volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,– Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,–

Nummer 128, Mai 1977

# Das Spiel der Herrschenden

**Die Weltherrschaftskonkurrenz der beiden Supermächte USA und Rußland führt zum Weltkrieg**

Wer die Macht über alle Menschen ausübt, kann sich allen Profit holen. Deshalb kämpfen die größten kapitalistischen Räuber um die Weltherrschaft. Wenn es anders nicht geht, dann eben mit Krieg. Wir wollen aber nicht für imperialistische Profitinteressen verbluten. Deshalb:

**Kämpfen wir für die Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs!**

**Der Kapitalismus bedroht die Existenz der Menschheit**

Weil sie ihre unermeßliche Profitgier dazu treibt, erleben wir, wie die Kapitalisten die Menschheit in einen tödlichen Abgrund zu stürzen drohen. Die Lebenserwartung der arbeitenden Menschen sinkt; Luft und Lebensmittel werden immer gifthältiger; das Wasser immer mehr verseucht; Arbeitshetze und Verkehr fordern massenweise Todesopfer. Mit Kernkraftwerken wird der Atomtod in unserer Nachbarschaft angesiedelt. Warum das alles? Damit eine Handvoll Nichtstuer und Schmarotzer zu ihrem Profit kommt. Deshalb:

**Kämpfen wir für die Volksmacht!**

**Planmäßig werden die arbeitenden Menschen ausgebeutet**

Durch Inflation und betrügerische Lohnrunden wird trotz Produktionssteigerung der Reallohn der arbeitenden Menschen immer mehr gesenkt. Tarife, Gebühren und Steuern der Werktätigen steigen ohne Ende. Die verräterischen „Arbeiterführer" und Gewerkschaftsbonzen sichern diese Ausbeutung. Warum? Weil sie selbst bereits zu bürokratisch-kapitalistischen Machthabern geworden sind. Deshalb:

**Kampf in den Betrieben, auf unsere eigene Kraft gestützt!**




**Aus der Vergangenheit der Arbeiterklasse für die Zukunft lernen**

Die österreichische Arbeiterklasse hat eine heldenhafte Vergangenheit im Kampf um ihre Interessen. Verräterische Führer haben sie aber stets noch um die Früchte ihres Kampfes gebracht. 1918 wurde den Arbeitern die sozialistische Revolution gestohlen und die Herrschaft des Kapitals konnte sich nach dem Sturz des Kaisers wieder festigen. Das führte hin zu den Marksteinen Juli 1927 und Februar 1934. Das führte zum Heimwehrfaschismus, zur Hitler-Diktatur, in einen neuen Weltkrieg. 1945 bauten die Arbeiter Österreich wieder auf. Wofür? Wieder für kapitalistische Macht und Ausbeutungsprofit. Und wieder droht ein Weltkrieg.

➡

Wieso das alles? Weil die Arbeiter nicht erkannt haben, daß die Klassenfeinde sich die Machtpositionen in der Arbeiterpartei gesichert haben. Deshalb kann die SP-Führung heute die beste Ausbeutungspolitik im Interesse des Kapitals durchführen, deshalb entwickelte sich die sozialistische Sowjetunion zum sozialimperialistischen Rußland und Kriegstreiber Nr. 1 zurück, deshalb droht auch die Gefahr, daß sich das sozialistische China vom leuchtenden Vorbild der unterdrückten, arbeitenden Menschheit zurück zum Kapitalismus verwandeln wird.

Lernen wir aus diesen negativen Erfahrungen! Stützen wir uns im Kampf auf den Wegweiser der arbeitenden Menschen, den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen! Wenn wir als Menschen leben und nicht als willenlose Sklaven für den Profit der Kapitalisten verrecken wollen, müssen wir das tun und unbeirrbar für die Schlußfolgerung daraus kämpfen: Sturz der Kapitalistenherrschaft, Errichtung der Volksmacht!

Seit 1890 symbolisiert der 1. Mai das Bewußtsein der Arbeiterklasse, daß sie zum Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems antreten muß, weil das ihre geschichtliche Aufgabe ist. Deshalb, weil die arbeitenden Menschen allein die Voraussetzungen dafür mitbringen, die Zukunft der Menschheit tatsächlich menschenwürdig zu gestalten, weil sie nur ein Vermögen haben – ihre Arbeitskraft. Und die wollen sie für den Fortschritt der Menschheit einsetzen. Es ist allein diese Arbeitskraft, die alle Werte dieser Erde schafft, doch darüber können die Arbeiter noch nicht verfügen.

Weil sie noch nicht die Macht haben, über ihre Arbeitskraft, über ihr ganzes Schicksal selbst zu verfügen, müssen die arbeitenden Menschen ihre Arbeitskraft als ihr einziges Vermögen noch immer verkaufen. An wen? An die kapitalistischen Machthaber! Was machen die daraus? Profit! Unermeßlichen Profit, der die Kapitalisten so gierig darauf macht, daß sie immer mehr wollen. Diese Profitgier ist der bestimmende Faktor im kapitalistischen System – nicht die Bedürfnisse der Menschen.

Diese Profitgier ist die Ursache aller Übel, die wir in diesem Jahrhundert im Kapitalismus kennengelernt haben: Ausbeutung und Unterdrükkung, Not, Elend, Arbeitslosigkeit, Krisen und zwei Weltkriege. Diese Übel bleiben uns nicht erspart, solange das kapitalistische System existiert, möge auch zeitweise dem einen oder anderen das Trugbild scheinbaren Wohlstandes erscheinen.

Im Interesse der Kapitalistenherrschaft wird seit langem versucht, dieses Klassenbewußtsein aus der Zeit des 1. Mai 1890 in den Hirnen der Arbeiter zum Erlöschen zu bringen. Mögen die Machthaber damit zeitweilig Erfolg haben, mögen so manche Arbeiter heute auch sagen, „es geht uns so gut wie noch nie": das Klassenbewußtsein der Arbeiter lebt und die Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus zwingt die Werktätigen, ihre Aufgabe zu erfüllen: Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen!

## Es lebe der 1. Mai, der internationale Kampftag der Arbeiterklasse

# Demagogie der SP-Führer

Es ist kein Trugbild, sondern Wirklichkeit. Vor dem 1. Mai ließ die SPÖ Plakate anbringen, worauf groß zu lesen stand: „. . . für den Sozialismus". Gleichzeitig verstärkt die ÖVP die Propaganda gegen die SPÖ-Politik. Das Hauptargument, mit dem sie das bürgerliche Lager vergattern und die arbeitenden Menschen betrügen will: „Die SPÖ will die Gesellschaft verändern". Also eine Politik wird gemacht, die zum Sozialismus führt – behauptet die ÖVP, und die arbeitenden Menschen, vor allem die SPÖ-Wähler sollen das glauben.

Was ist los? Kann sich Kreisky in seiner Partei nicht mehr durchsetzen? Das höchste aller Gefühle – aus seinem inneren Wesen – war bisher ja immer die „soziale Demokratie" und keine Gesellschaftsveränderung.

Vor allem für ehrliche Sozialisten ist es notwendig, diese Dinge zu untersuchen. Ansonsten gehen sie einem Betrug auf den Leim, der sich gewaschen hat.

### Die SP-Jugend beginnt zu rebellieren

„Arbeitende und lernende Jugend gemeinsam für den Sozialismus". So lautet ein Plakattext der SPÖ. Wenn damit besonders die Jugend angesprochen werden soll, so hat das verständliche Gründe. Die kapitalistische Gesellschaft hat einen Zustand erreicht, der vor allem für denkende junge Menschen katastrophale Aussichten eröffnet. Egal, ob einer studiert oder eine Lehre sucht, die Situation am Arbeitsmarkt ist beängstigend. Offen zugegeben wird bereits, daß auf jedem Fall eine „Akademiker-Arbeitslosigkeit" droht.

Aufgestachelt vom Slogan über die „Chancengleichheit" trachteten viele Eltern, ihre Kinder auf eine „höhere Schule" oder gar auf die Universität zu schicken. Sie sollten einmal etwas „Besseres" werden und nicht von früh bis spät in der Fabrik oder in einer Werkstätte die Arbeitshetze erleben, wie der Vater oder die Mutter. Ergebnis dieser Kampagne, die einen normalen, ehrlichen Arbeiter direkt zum nieveaulosen „Untermenschen stempelte: Wie gesagt ein Run auf höhere Schulen und Universitäten und nun das Eingeständnis, daß in der Zukunft keine „entsprechenden" Arbeitsplätze vorhanden sein werden. Dabei wird immer das „Wunderland" Schweden zitiert, wo die Akademiker die Arbeitsämter füllen.



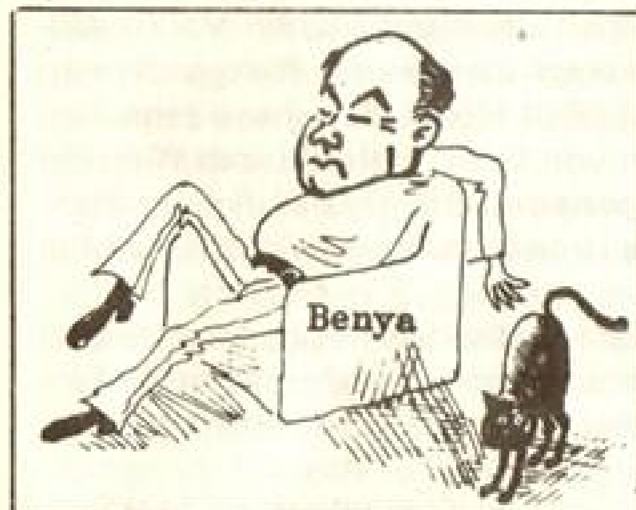



**Der verehrte Herr Bundeskanzler regiert so, als wäre er Mitglied der Industriellenvereinigung. Unternehmerfreundlich. Stockkonservativ. Und er macht mit vielen Worten nichts für die Arbeiterschaft.**

**Sein Finanzminister gibt den Industriellen gigantische Steuergeschenke. Er erhöht lieber die sogenannten Massensteuern, denn die zahlen hauptsächlich wir – die arbeitenden Menschen.**



**Gewerkschaftsbonzen sichern die Ausbeutung**




Es gibt aber nicht nur keine „entsprechenden" Arbeitsplätze für Akademiker, sondern auch keine oder viel zu wenige Lehrstellen für junge Menschen, die einen halbwegs zukunftsträchtigen Beruf erlernen wollen.

Daß man „Friseur", „Verkäuferin", „Schneider" usw. „lernen" kann, ist jedermann bekannt. Und am Arbeitsamt wird behauptet, daß man alle, die einen Lehrplatz suchen, „unterbringen" kann. Aber eben nur in Branchen und Gewerbebetrieben, die vor allem mit Lehrlingen arbeiten. Ist die „Lehre" vorbei, steht man auf der Straße oder man muß sich mit einem Hungerlohn zufrieden geben, der so gar keine Möglichkeit bietet, zu erreichen, was in unserem „Wohlfahrtsland" Österreich als „Standard" propagiert wird. Und Lehrstellen in Betrieben, wo der Lehrling wie in Großvaters Zeiten behandelt wird, sind ebenfalls nicht gefragt. Zu Recht nicht, obwohl nach wie vor genug junge Menschen so den Beginn ihres Arbeitslebens durchmachen, weil es ganz einfach anders nicht geht.

Freilich, bezüglich der Arbeitsplätze und Lehrstellen für junge Menschen reden die offiziellen Stellen nicht so wie wir. Da ist alles in Ordnung. Tatsächlich existiert diese Frage aber schon lange Zeit und mit der Einführung des neunten Schuljahres und eben der Umlenkung auf die „höheren" Schulen wurde der Versuch gestartet, für eine gewisse Zeit „Luft" zu schaffen. Der Kapitalismus kann aber kein einziges seiner Übel beseitigen. Die Jugendarbeitslosigkeit wird immer prekärer.

Wenn einer noch nicht gearbeitet hat, ist er kein „Arbeitsloser" im Sinne der Statistik. So kann man zwar die diesbezüglichen Zahlen „niedrig" halten, trotzdem haben viele junge Menschen kein Einkommen oder nur ein mieses, und hängen ihren Eltern erst recht im Sack. Ob „Studierte" oder nicht.

Aber auch wenn ein junger Mensch in Arbeit steht, ist seine Zukunft „grau in grau", soferne er kein Sprößling reicher Eltern ist. Zum Beispiel bedeutet es Verschuldung auf Jahrzehnte hinaus, wenn einer eine Wohnung braucht. Unsummen müssen dafür auf den Tisch gelegt werden.

Keiner von uns darf außerdem glauben, daß die Jugend keinen Blick dafür hat, wovon der „Standard" kommt, der viele ältere Werktätige zum Ausspruch verleitet, „es geht uns sowieso gut". Schuften und barabern, Überstunden und Pfusch haben diesen scheinbaren „Wohlstand" geschaffen, für den dann die Abrechnung kommt, wenn es heißt, „wieder hat es einen erwischt", „wieder hat einer die Rente nicht erlebt".

Es ist keineswegs Faulheit, wenn junge Menschen da anders denken als ihre Eltern. Denn genauso gut wie die Schufterei der Eltern sehen sehen sie, wie die kapitalistischen Schmarotzer zu ihrem Reichtum kommen. Kein Wunder also, wenn politisch orientierte, denkende Menschen aus der Arbeiterklasse nachdenklich und rebellisch werden und sich ihre Zukunft anders vorstellen. Kein Wunder deshalb der Slogan der SPÖ, denn „Sozialismus" würde die erwünschte Veränderung bedeuten. Kein Wunder auch, daß die SPÖ-Führung sich damit bei den jungen Menschen „einkaufen" will. Denn letzten Endes soll Wählerstock und Anhang ja auch in der Zukunft erhalten bleiben. Man will ja die Macht behalten.

Wenn sie den oben erwähnten Slogan der SPÖ-Führer hören oder lesen, müssen junge Menschen wachsam sein, das kann gefährlich werden. Darauf kommen wir aber noch zurück.

### Die allgemeine Unzufriedenheit wächst

Aber nicht nur die Jugend beginnt zu rebellieren. In weiten Kreisen der Mitglieder und Wähler der SPÖ macht sich Unzufriedenheit über die Politik der Kreisky-Regierung breit. Letzten Endes haben die Arbeiter dieser ja die Regierungsmehrheit verschafft, damit eine Politik im Interesse der arbeitenden Menschen durchgeführt wird. Aber wie ist

die Wirklichkeit? Die Preise steigen ohne Ende, der Reallohn sinkt, weil die Gewerkschaftsführer Lohnrunden auspackeln, die nicht einmal die Teuerung abgelten. Die Werktätigen müssen Steuer zahlen, Gebühren- und Tariferhöhungen hinnehmen, daß sie „blau" werden. Mit der Streichung der Investitionssteuer, mit Subventionen und billigen Krediten usw. greift aber der SP-Finanzminister den Unternehmern kräftig unter die Arme.

Das alles wird den arbeitenden Menschen, vor allem den SP-Mitgliedern, schmackhaft gemacht mit dem Hinweis: „Dafür sind aber die Arbeitsplätze gesichert". In Wirklichkeit ist das eine erpresserische Drohung, denn „gesichert" wird auf die Dauer nichts — wenn noch soviel Schulden gemacht werden, die die Werktätigen am Ende zahlen müssen. Die Krise, deren Lasten jetzt den arbeitenden Menschen aufgebürdet werden, läßt sich nicht wegmanipulieren. Denn wenn man für den Profit der Kapitalisten wirtschaftet und nicht für die Bedürfnisse der Menschen, kommt es unweigerlich zur Krise.

Das wissen die SP-Arbeiter auch, das haben sie immer gewußt, deshalb sind sie ja bei der SPÖ. Auch für sie wird jetzt wieder das Wort „Sozialismus" hervorgeholt. Weil Sozialismus tatsächlich auch die Perspektive des Auswegs aus der kapitalistischen Krise ist.

Wir haben oben gesagt, die Jugend muß wachsam sein, wenn sie solche Slogans hört. Wir alle müssen wachsam sein. Denn solche Slogans wie der erwähnte und ähnliche, haben SPÖ-Führer ja immer wieder von sich gegeben. Aber was ist herausgekommen? Nichts für die arbeitenden Menschen, was ein lebenswertes Leben betrifft. Aber Superprofite für die Reichen, wie sie noch nie da waren.

„Sozialismus" haben die SP-Führer von Adler über Renner, Bauer, Schärf bis Kreisky auf ihre Fahne geschrieben und herausgekommen ist Arbeitslosigkeit, Krise, Faschismus und Krieg. Und wieder geht es auf dieser Tour dahin.

Wenn wir von „Wachsamkeit" und „aus der Erfahrung lernen" reden, so heißt das, die Worte der Führer mit ihren Taten zu vergleichen. Da sehen wir alles.

Die Taten der SP-Regierung bekommen wir heute zu spüren, von den Worten können wir nicht leben. Es sind Taten von Leuten, die gar keine Arbeiterinteressen mehr vertreten können, weil sie selbst schon von der Ausbeutung unserer Arbeitskraft leben. Es besteht ja schon ein himmelhoher Unterschied zwischen dem Einkommen eines SP-Führers und eines SP-Arbeiters. Diese Führer sind waschechte Kapitalisten geworden und führen eine Politik wie sie ein ÖVP-Politiker nicht besser führen könnte. Ein ÖVP-Politiker dürfte so eine Politik gar nicht machen, denn da würden wir sofort rebellieren.

Deshalb wollen alle Kapitalisten eine SP-Regierung, weil die Führer der SPÖ sich immer noch als „Arbeiterführer" ausgeben können. Um zu vertuschen, daß es zwischen SPÖ-Kapitalisten und ÖVP-Kapitalisten keinen Unterschied gibt, befetzen sie sich gegeneinander in der Öffentlichkeit, reden die einen — die SP-Führer — wieder vom „Sozialismus" und schreien die anderen — die ÖVP-Führer — von der „drohenden Gesellschaftsveränderung". Alles, damit wir dieses Spiel nicht durchschauen. Alles, damit es so weitergehen kann. Wir müssen das alles aber durchschauen und ändern. Sonst führt uns der Kapitalismus in ein Chaos, das tödlich wird. ●

# Wölfe im Schafspelz



Seit in Rußland sich die Chruschtschow-Clique zur neuen Bourgeoisie aufgeschwungen hat, war man natürlich immer sehr bemüht, die Fühler über das eigene Herrschaftgebiet hinauszustrecken und politisch, wirtschaftlich und strategisch an Einfluß zu gewinnen. Die Bedingungen dafür waren ja auch nicht schlecht, war doch der Hautkonkurrent — die USA — durch die brutalen Kriege in Korea und Indochina und ihre schmutzigen Manöver in vielen südamerikanischen Staaten vor aller Welt diskriminiert und durch Niederlagen geschwächt.

Während die USA ihre Weltherrschaftspläne immer mit dem „Schutz der westlichen Freiheit und Demokratie" bemäntelten, hantieren die neuen Zaren in Moskau mit „sozialistischen Slogans" die sie für ihre Hegemoniepläne geschickt zurechtbiegen. Der Sand, den uns die russischen Machthaber damit in die Augen streuen wollen, wird „proletarischer Internationalismus", „brüderliche und gegenseitige Hilfe", „Schutz vor imperialistischer Einmischung" und ähnlich betitelt. Mit diesen Phrasen wollen sich sowohl Amerika als auch Rußland das Recht sichern, die Völker der Welt auszuplündern.

Um die Wachsamkeit der europäischen Völker einzuschläfern, inszenieren die beiden Weltgendarmen im Kreml und im Weißen Haus seit nahezu zehn Jahren auf den Bühnen von Genf, Helsinki und Wien ein Theater, daß sie „weltweite Entspannung" nennen. Besonderen Einfallsreichtum entwickeln dabei Breschnew und Co.

Sie haben es ja auch besonders nötig, denn sie sind in bezug auf ihre ökonomischen und politischen Einflußgebiete gegenüber den USA im Hintertreffen.

(Fortsetzung auf Seite 9)



FÜR DIE VOLKSMACHT
Bauern-Flugblatt 128 B

# Fette Profite beim Fettimport

Systematisch wird von den diversen agrarpolitisch Verantwortlichen immer wieder auf ein Problem hingewiesen, welches bei einer wirklichen volks- und bauernfreundlichen Agrarpolitik keines sein dürfte: das Milchüberschußproblem. Auf der vom Landwirtschaftsministerium ins Leben gerufenen „Milchenquete", welche sich mit diesem Problem beschäftigt, liefern die Vertreter der Parteibauernorganisationen, des überparteilichen Bauernverbandes und der Bergbauernvereinigung zusammen mit „Experten" eine Unmenge von Lösungsvorschlägen.

Der eine will „kontingentieren", der andere „regionalisieren", der dritte will „umlenken", einer will durch das „Niedrighalten" der Erzeugerpreise soundsoviele Bauern zur Aufgabe der Produktion zwingen. Alle gemeinsam überstrudeln sich vor Geschäftigkeit. So verschieden all diese Lösungsvorschläge auch sein mögen, in einem Punkt sind sie alle gleich: es sind alles „Lösungen", welche nur von Kurzsichtigkeit geprägt sind. Eine Perspektive für die Fettversorgung bringen sie nicht und die Vorsorge für die Zukunft fehlt völlig. All diese Lösungsvorschläge sind das Spiegelbild einer Agrarpolitik, welche mittel- und langfristig nicht nur gegen die Interessen der Bauern, sondern auch der Arbeiter und des übrigen werktätigen Volkes gerichtet ist. Spiegelbild einer Agrarpolitik, welche systematisch drauf- und drangeht, die ernährungswirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs zu untergraben, was in einer Krisensituation (Blockade, Krieg usw.) zu verheerenden Folgen für die Volksmassen führen kann.

**Was falsch ist . . .**

KEINER SAGT, daß die österreichische Selbstversorgung beim Grundnahrungsmittel Fett (tierische und pflanzliche Fette zusammengenommen) nicht einmal mehr 50 Prozent des Bedarfes deckt. Es besteht eine gewaltige Fettlücke, die mit Importen von Pflanzenfetten und Pflanzenölen bzw. Rohstoffen zu deren Erzeugung, gedeckt werden müssen.

KEINER SAGT, daß in einer Krisensituation, beim Ausbleiben dieser Importe, es zu einer katastrophalen und lebensbedrohenden Fettunterversorgung kommt. Wer nicht abschätzen kann, was das konkret heißt, der möge sich von denen Auskunft geben lassen, die solche Situationen in der Kriegs- und Nachkriegszeit erlebt haben.

KEINER SAGT, daß in der großen Weltpolitik die Widersprüche zwischen den beiden nach Weltherrschaft strebenden Supermächten USA und Rußland sich derart zuspitzen, daß eine kriegerische Konfrontation unvermeidlich wird. Das heißt aber nichts anderes, daß auch Österreich in der einen oder anderen Form in Mitleidenschaft gezogen wird. Ganz unabhängig von unsrem Wollen. Das sind Realitäten und Gefahren, mit denen wir uns alle auseinanderzusetzen haben. Auch Agrarpolitiker, soferne sie eine bauern- und volksfreundliche Agrarpolitik machen wollen. Eines steht fest, **daß jeder Agrarpolitiker**, welcher die Dinge und Erscheinungen im Agrarbereich (z. B. Milchüberschußproblematik) nicht im gesamtgesellschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhang zu sehen fähig ist, aus welchen Gründen auch immer, bewußt oder unbewußt zum Verräter an den Interessen der Bauern und des Volkes wird!

**. . . und wie es richtig wäre**

WIR REVOLUTIONÄREN BAUERN SAGEN, daß die Ernährung zu den wichtigsten Grundbedürfnissen des Menschen zählt. Daher ist auch die Vorsorge für die Sicherung dieses Grundbedürfnisses für jede volksfreundliche Volkswirtschaft von grundlegender Bedeutung. Dazu bedarf es einer lebensfähigen Bauernschaft als Erzeuger von Grundnahrungsmitteln. Jeder Agrarpolitiker, welcher die Selbstversorgung in Gefahr bringt um kurzfristiger Vorteile im allgemeinen und Profitinteressen im speziellen willen, ist ein Feind des Volkes und als solcher zu demaskieren.

WIR SAGEN, daß die Kontingentierung keine bauern- und volksfreundliche Lösung des sogenannten „Überschußproblems" ist. Denn durch solche Maßnahmen würde der züchterische und fütterungstechnische Fortschritt aufgehalten werden. Das wäre dasselbe, wie wenn man im technisch-organisatorischen

Bereich der Steigerung der Produktivität durch Einsatz einer immer besseren Erzeugungstechnik – durch Rationalisierung mittels bäuerlicher Kooperation, Nachbarschaftshilfen, Maschinenringe usw. – hinderlich sein wollte bzw. eine solche Entwicklung zu verhindern suchen würde. Das ist Ausdruck einer fortschrittsfeindlichen Grundeinstellung.

WIR SAGEN, daß die „Regionalisierung" der Milchproduktion zum Zwecke deren Eindämmung sowohl mittel- als auch langfristig den Interessen des Volkes widerspricht, wenn man das Argument „Fettversorgung in Krisenzeiten" berücksichtigt. Außerdem ist diese „Lösung" unsozial gegenüber den vielen kleinen und mittleren Talbauern, die trotz „Produktionsalternative" (Ackerbau usw.) zwecks Aufbesserung ihres kargen Einkommens mit dem Milchgeld ein paar Milchkühe im Stall stehen haben. Ein großer Teil dieser Bauern in der Nähe von Industrieansiedlungen sind ohnehin bereits „Nebenerwerbsbauern", das heißt sie beziehen ihr Haupteinkommen aus nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit. Das sind die „Pendler", welche in ihrer Freizeit gemeinsam mit Frau und Kindern das Vieh versorgen. Die täglichen „Milchgroschen", die dabei herausschauen, dienen ohnehin nur dazu, Benzin und Reparaturen für das Auto zu finanzieren, welches er braucht als „Nebenerwerbler", um überhaupt seinem Hauptberuf nachgehen zu können.

WIR SAGEN, daß es gerade die vielen über ganz Österreich verstreuten kleinen und mittleren Bauern, die Milchkühe halten, sind, welche die Gewähr für die Aufrechterhaltung der Nahversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln in Krisenzeiten liefern. Ganz abgesehen von deren Rolle als Landschaftserhalter usw.

WIR SAGEN, daß die kleinen und mittleren Bauern so gar nicht ins Konzept gewisser „Agrarstrategen" passen. Für diese „Herren" ist das Überschußproblem bei Agrarerzeugnissen eigentlich ein „Überschuß an Bauern". Man drückt sich nur „gewählter" aus bzw. man nennt das Kind nicht beim Namen. Bei allumfassender Betrachtungsweise müßte eigentlich dem praxisfernsten „Agrar-Supertheoretiker" einleuchten, wie wichtig die Sicherung der bäuerlichen Existenz ist, vor allem in Hinblick auf einen hohen Grad der Selbstversorgung bei Grundnahrungsmitteln, im Hinblick auf die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit, im Zusammenhang mit einer allumfassenden Landesverteidigung usw.

WIR SAGEN, daß weder die Kontingentierung noch die Regionalisierung bauern- und volksfreundliche Lösungen sind. Genausowenig, wie der Export des sogenannten Butterüberschusses zu subventionierten Schleuderpreisen bei gleichzeitigem Import einer entsprechenden Menge von Fetten eine „Lösung" sein kann! Ähnliche Überlegungen kann man bei Milchprodukten, wie Käse etc., aber auch bei Fleisch usw. anstellen.

Warum wagt kein „Bauernvertreter", das Kind beim Namen zu nennen und zu sagen, daß es eine Lösung gibt, die langfristig zum Nutzen der Bauern und des Volkes ist: einen wirksamen Außenhandelsschutz für die heimische Milchproduktion. Eine entsprechende Importausgleichssteuer oder Importabgabe auf alle von den „multinationalen" Konzernen gelieferten Pflanzenfette und Pflanzenöle bzw. auf die Rohstoffe für die Erzeugung dieser Produkte. Das ist ja die Hauptkonkurrenz für unsere heimischen tierischen Fette. Diese Beträge könnten dazu verwendet werden, dem Konsumenten das hochwertige heimische Fett, die Butter, zu verbilligen und gleichzeitig der Bauernschaft durch höhere Erzeugerpreise den Anreiz zu geben, weiter und vor allem in ausreichendem Maße Milch und Molkereiprodukte zu erzeugen.

Das wäre die Lösung, welche den heimischen Selbstversorgungsgrad bei Fett nicht nur erhöhen, sondern gleichzeitig auch die Existenz vieler Bauern sichern würde.

Dazu bedarf es allerdings solcher Bauernvertreter, die nicht kurzsichtig – bewußt oder unbewußt – die Profitinteressen der österreichischen Großbourgeoisie und der internationalen „Pflanzenfett-Mafia" im Auge haben, sondern ausschließlich die Interessen der österreichischen werktätigen Bauern, der Arbeiter, des ganzen arbeitenden Volkes.

Arbeiter und Bauern, demaskieren und isolieren wir die Feinde des Volkes im Gewande von „Volksvertretern", „Experten", „Führern"! Bieten wir gemeinsam einer unheilvollen Entwicklung die Stirn! Schließen wir uns mit allen kämpferischen Menschen zusammen, mit denen in dieser Frage ein Zusammenschluß möglich ist!

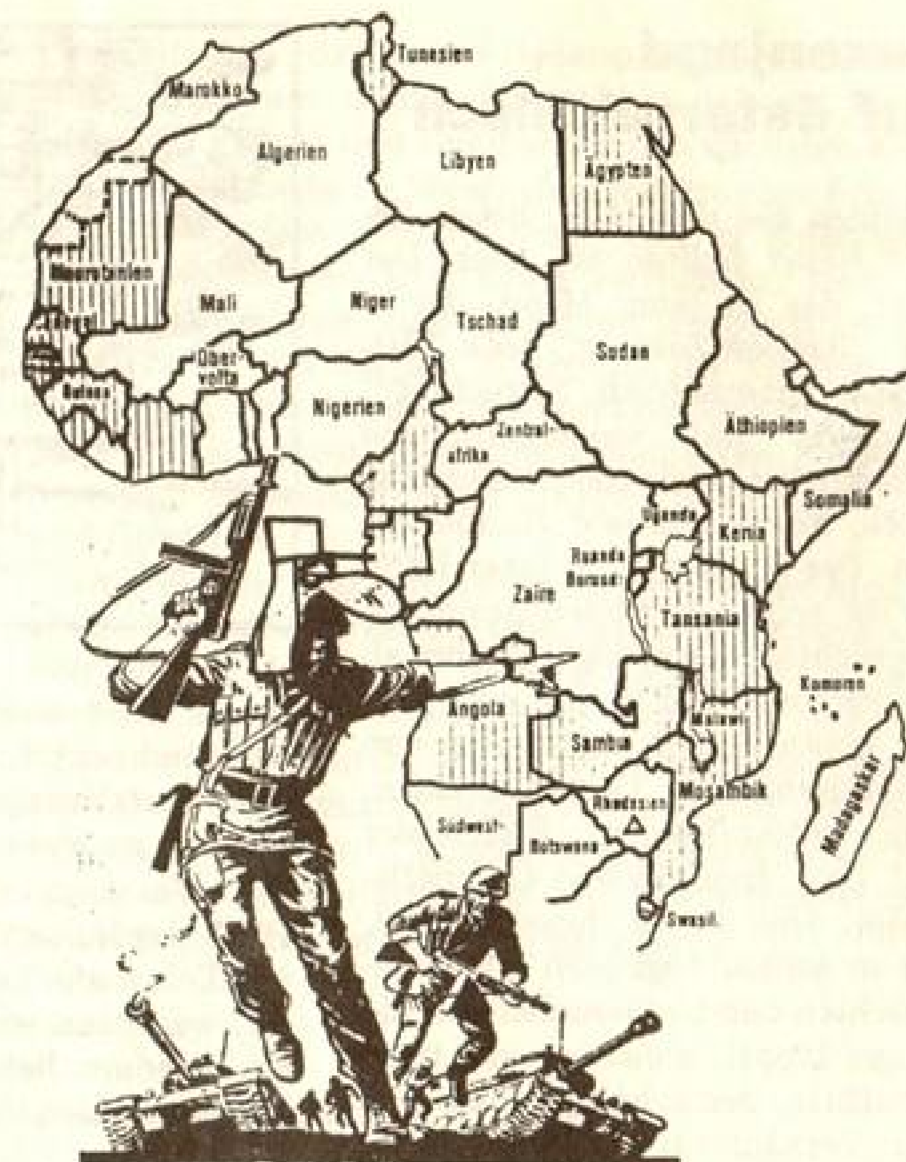
S 1,50

Drucksache

VRA★
Postfach 3, 1205 Wien

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML). Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl; alle: 1200 Wien, Universumstraße 40/2. P.b.b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.






Kreml-Söldner überfallen Zaire:

## Breschnews Griff nach Afrika

„Wenn zwei Elefanten kämpfen, ist es das Steppengras, das darunter leidet" (afrikanisches Sprichwort).

Wenn es mit rechten Dingen zuginge, dann müsse man Vorster in Moskau ein Denkmal setzen. So äußerte sich ein Kommentator der großbürgerlichen französischen Zeitung „Le Monde" über das Oberhaupt des südafrikanischen Rassistenregimes. Und das ist durchaus richtig.

Es ist der beste Vorwand für die russischen Sozialimperialisten, sich unter dem Deckmantel von „Kämpfern gegen Rassismus und Imperialismus" in Afrika an die Stelle der „alten" Kolonialmächte, vor allem der amerikanischen Imperialisten zu setzen.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich der russische Staatspräsident Podgorny auf seiner jüngsten Afrikareise mit Vertretern der Befreiungsbewegungen von Simbabwe (Rhodesien) und Namibia (Südwestafrika) sowie des von Revisionisten kontrollierten Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) von Südafrika getroffen hat und diesen „großzügige, uneigennützige Hilfe" versprochen hat. Eine „Hilfe", wie sie die Angolaner bereits am eigenen Leib kennengelernt haben. Die russischen Sozialimperialisten wollen den Freiheitskampf, der im südlichen Afrika immer vehementer gegen die weißen Rassistenregimes geführt wird, in ihrem Interesse abbiegen und auf die eigenen Mühlen lenken.

Während Podgorny Afrika bereiste und Fidel Castro ebenfalls eine Anzahl arabischer und schwarzafrikanischer Länder besuchte, trat das ein, was vorherzusehen war: Der Appetit der russischen Machthaber ist durch die Unterwerfung Angolas bei weitem nicht gestillt. Anfang März marschierte eine 5.000 Mann starke, unzweifelhaft von Kubanern geführte Streitmacht in die Südprovinz Zaires, Shaba (früher: Katanga), ein.

Großteils rekrutieren sich diese russischen Söldner aus ehemaligen „Katanga-Gendarmen", die vor etwa 15 Jahren den kongolesischen Befreiungskampf abwürgen und die rohstoffreiche Südprovinz Zaires (ehemals Belgisch-Kongo) abtrennen wollten. Nachdem sie aus Zaire vertrieben worden waren, kämpften diese Söldner in Angola für die Portugiesen gegen die dortigen Befreiungsbewegungen. Es handelt sich also bei den Interventen in Zaire um „erprobte" Söldner des Imperialismus.

Der Überfall der Kreml-Söldner signalisiert die Fortsetzung einer Entwicklung, die mit der Unterjochung Angolas begonnen hat. Dort hat Rußland einen Bruderkrieg zwischen den verschiedenen Befreiungsbewegungen angezettelt, wobei die eine als „fortschrittlich" ausgegeben, die beiden anderen als „reaktionär" und „proimperialistisch" verteufelt wurden. Die US-Imperialisten, die Konkurrenten Rußlands um die Weltherrschaft, haben diese Terminologie mit Begeisterung aufgegriffen und ihrerseits die „prowestlichen" Bewegungen unterstützt. Afrikanische Freiheitskämpfer wurden im Interesse russischer und amerikanischer Großmachtpolitik gegeneinandergehetzt.

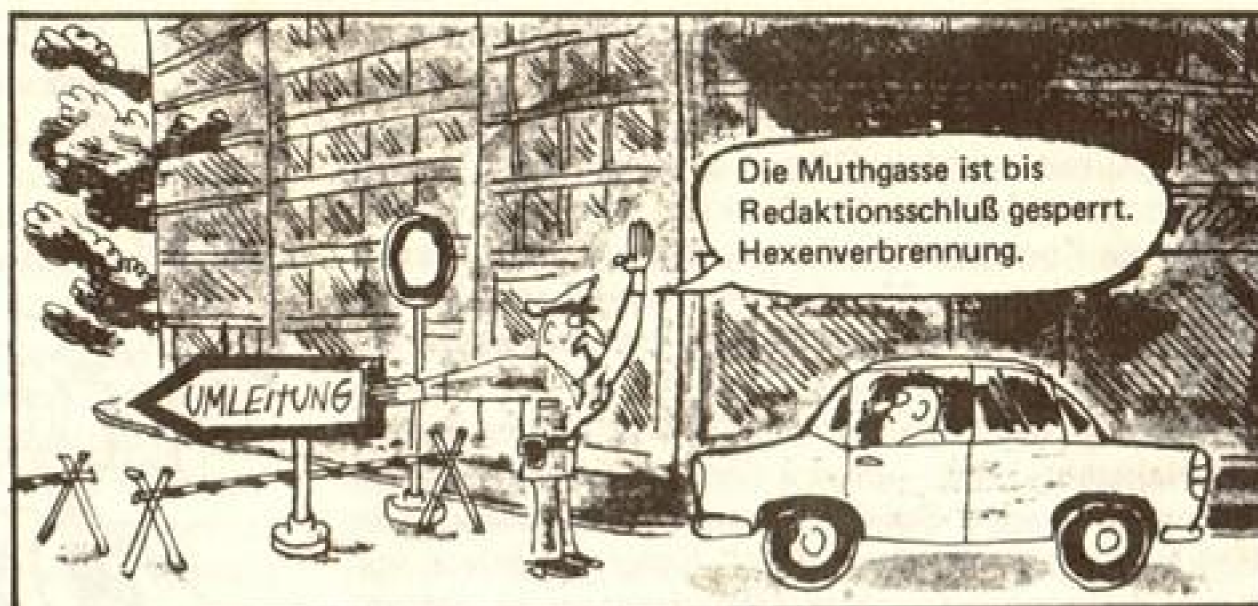
Jetzt wiederholt sich das ganze auf einer „höheren" Ebene. Die Aggression der russisch-kubanischen Söldner gegen Zaire gibt das Signal für eine neuerliche Unterwerfung Afrikas: Die Einheit der afrikanischen Länder gegen die imperialistische Vorherrschaftspolitik soll zerbrochen werden, die Völker und Länder Afrikas sollen – aufgespalten in angeblich „kommunistische" und in „prowestliche" – zu Kanonenfutter und Schachfiguren im Ringen der Supermächte um den schwarzen Kontinent werden.

Die Ereignisse in Zaire zeigen, daß beim imperialistischen Konkurrenzkampf um das südliche Afrika gegenwärtig eindeutig die russischen Sozialimperialisten am Zug sind. Die amerikanische Supermacht findet sich heute aufgrund ihrer relativen Schwäche dazu bereit, der russischen Supermacht in bestimmten Regionen der Welt einige „ihrer" Länder zu überlassen und hegt dabei die Hoffnung, daß der Hunger der Kreml-Zaren damit gestillt wird. Der Hunger der russischen Imperialisten wird aber erst dann gestillt sein, wenn sie die Hauptspeise verzehrt haben: Europa!

So droht der Konflikt, der durch den Überfall russischer Söldnerbanden auf Zaire ausgelöst worden ist, zu einem Vorspiel zu werden für den dritten Weltkrieg, zu dem die Supermächte aufgrund ihrer Rivalität treiben.

Letztlich werden die afrikanischen Völker die Intrigen der Supermächte durchschauen und diese aus Afrika verjagen, das steht außer Zweifel. Aber die Völker aller Länder müssen heute wachsam sein gegen die Machenschaften Rußlands und Amerikas auf dem afrikanischen Kontinent. Auch der zweite Weltkrieg hat „weit weg" in Spanien, Äthiopien, China begonnen, um in einen Krieg mitten in Europa zu münden.

# Hexenjagd auf österreichisch




Kennen Sie den Hübl, lieber Leser? Nein? Sollten Sie aber. Der Hübl, das ist jener Mann, der in der „Kronen-Zeitung" jede Kleinigkeit „menschlich betrachtet": verlorene und wiedergefundene Fahrscheine, Ausweise, Brillen, Rezepte, Formulare und Hundemarken. Das ist aber auch jener Hübl, der in seinen positiven Sonntagsgeschichten menschlich gerührt allen Personen dankt, die eine gute Tat getan haben: meist dem verständnisvollen Generaldirektor, dem aufmerksamen Rittmeister und dem freundlichen Geschäftsführer. Und es ist derselbe Hübl, der in seinen negativen Alltagsgeschichten den Unmenschen auf die Finger klopft: meist dem grantigen Schaffner, der schnippischen kleinen Verkäuferin und dem „kauderwelschenden" Gastarbeiter.

Bis hierher ist die Sache noch verhältnismäßig harmlos, denn die Eigenschaft, sich nach oben zu

**Menschlich betrachtet**



VON REINALD HÜBL

bücken und nach unten zu treten, ist in manchem Beruf ja gewissermaßen die Voraussetzung zum Erfolg. So richtig unmenschlich wird's hingegen erst, wenn die „Kronen-Zeitung" einen Menschen entdeckt, der aus weltanschaulichen Gründen nicht in ihre heile Welt paßt. Dann setzt das Schicksal den Hübl an, und wo gehüblt wird, dort fallen Späne. Wie im Fall der Volksschullehrerin Schober, die dank einer „menschlichen Betrachtung" strafversetzt wurde. Hübl hatte behauptet, sie habe anläßlich des Aufklärungsunterrichts ihre Schüler zu einem Striptease genötigt. Was natürlich nicht stimmte. Hübl, der humane Reporter, fragte nämlich weder Lehrerin noch Schüler, was denn wirklich vorgefallen sei, sondern lieh sein Ohr einem Denunzianten und entschied auf „Skandal".

Die „sozialistische" Schulbehörde, die gerne Scheiterhaufen baut, sobald ein frömmelnder Hexenjäger ein Vor-Urteil verkündet, handelte daraufhin mit einer Fixheit, die man ansonsten bei ihr nicht gewohnt ist. Am 20. Jänner erschien der Meuchelartikel, und bereits am 4. Februar war Ingrid Schober aus der Volksschule Ruckergasse (Wien-Meidling) draußen. Keine saubere, aber schnelle Arbeit.

Daß der Strip-Skandal gar nicht stattgefunden hat, tut nichts zur Sache. Daß die Schüler der 2C ihre Lehrerin wiederhaben wollen, das ist ebenfalls wurscht. Unwesentlich ist auch der Brief, in dem sich 20 Väter und Mütter für die Gemaßregelte einsetzen. Durchgesetzt haben sich vielmehr jene vier, fünf bigotten Eltern, die aus einem ganz andern als dem genannten Grund gegen Frau Schober intrigierten. Und der Stadtschulrat hat sich anscheinend ganz kreuzbrav die Ansicht des Herrn Diplomingenieurs Pousek zu eigen gemacht, welcher mit allen Anzeichen des Entsetzens feststellte: „Frau Schobers Erziehungsziel ist die areligiöse, kommunistische Gesellschaft." Oder die Ansicht des Vaters Peter Gicklhorn, der seine Angst vor dem Teufel einfacher ausdrückte: „Des is doch unerhört, daß die Kinder übern Mao genausoviel wissen wie übern Kirchschläger."

Und was hat die Lehrerin nun wirklich verbrochen? Sie hat es zu Beginn des Schuljahres gewagt, die Eltern auf ihr demokratisches Recht zu verweisen, daß sie die Schulkinder vom Religionsunterricht auch abmelden können. Überdies pflegte sie die tiefgraue Unterrichtstheorie anhand aktueller tagespolitischer Ereignisse aufzuhellen, worüber sich nur eine 4-Mann-Opposition aufregte, während die 20 Briefschreiber des Lobes voll waren: „Unseren Kindern wurde nicht nur lehrplanmäßiges Wissen bestens beigebracht, sondern darüber hinaus wurde den Kindern etwas vermittelt, das uns sehr wesentlich erscheint: Sie wurden zu Kritikfähigkeit erzogen!"

Doch just das letztere scheint der Punkt zu sein, an dem sich die Geister scheiden. Kritik ist genau das, was Kirche und Kreisky-Sozialismus am allerwenigsten brauchen.

Kritik, wie sie sein soll, verfertigt dagegen der Reinald Hübl; er kritisiert die falschen Leute auf Grund von falschen Verdächtigungen. Aber dafür in der richtigen Zeitung. Zusätzlich fordert er die Menschen auf, doch um Gottes willen ein bißchen menschlicher zu sein. Wie wär's, wenn er diesen Ratschlag einmal selber beherzigt? ●



**33 87 774**

Treffpunkt der Marxisten-Leninisten ist das Lokal der VRA in

**Wien 20, Universumstraße 40**

jeden Dienstag und Freitag ab etwa 18.30 Uhr.



Diesbezüglich den Vogel abgeschossen hat eindeutig ein Professor Aboltin vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, dessen „tiefgründige" Ausführungen auf einer Tagung über „die ökonomischen und sozialen Aspekte der Abrüstung" kürzlich bekannt wurden.

Der Titel ist bereits vielverheißend: „Wettrüsten ruiniert die Wirtschaft, Abrüstung bringt Prosperität". Selbstverständlich geht der Professor davon aus, daß das stürmische Rüstungswachstum nur den „aggressiven NATO-Block" betrifft, während die Sowjetunion lediglich aufgrund der eindeutigen Kriegsgefahr während des Korea- und Indochina-Konfliks „gezwungen" war, ihre Rüstungsausgaben von 7,9 Milliarden Rubel im Jahr 1949 auf 17,9 Milliarden im Jahr 1970 „anzuheben". Die Tatsache, daß in Rußland bereits über 60 Prozent der Wirtschaft direkt oder indirekt für die Rüstung arbeiten, wird natürlich abgestritten und läßt sich durch Statistiken ja auch ohne weiteres verschleiern. Und so beginnt der russische Professor ein wahrhaft phantastisches Bild von den in der Abrüstung schlummernden Möglichkeiten zu entwickeln.

Die Waffenproduktion, so unser Professor, ist ja in Wirklichkeit etwas total Unsinniges, können doch diese Waffen weder der weiteren Produktion dienen noch konsumiert werden. Die Kapitalisten in den NATO-Staaten würden sich also eigentlich ins eigene Fleisch schneiden, da durch die unnütze Waffenproduktion ja lediglich die ökonomische Zuwachsrate gesenkt würde. Also schlägt der Professor vor, „dem verheerenden Wirtschaftsprogramm des Wettrüstens" ein „schöpferisches Wirtschaftsprogramm der Abrüstung" entgegenzusetzen, für das er auch gleich die Werbetrommel zu rühren beginnt: Die Kraftwerke, Fabriken, Krankenhäuser, Schulen usw., die man statt der Waffen produzieren könne, signalisieren für Professor Aboltin den Beginn einer neuen historischen Ära: Die Steuern könnte man dann drastisch senken, wofür die Massen umso reichlicher konsumieren könnten, was wiederum den Kapitalisten zugute käme, weil die Absatzkrisen endgültig der Vergangenheit angehören würden. damit würde aber auch die leidige Inflation ein Ende haben, Staatsschulden gäbe es ebenfalls keine mehr und das Weltwährungssystem wäre so stabil wie noch nie. Mehr Wohnungen, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Altersschutz, Umweltschutz – all das müßte nicht länger Utopie sein, ganz zu schweigen, welche Perspektiven sich für die Völkerverständigung und die Entwicklungsländer eröffnen würden. Bewaffnete Auseinandersetzungen oder gar Weltkriege wären nur mehr ein Produkt einer grauen Vorzeit.

Also das Paradies auf Erden, was uns da eröffnet wird? Zieht sich solcherart der Kapitalismus am eigenen Schopf aus dem Sumpf? Da wird sich jetzt jeder denken:„zu schön, um wahr zu sein" – und wer sich das denkt, der ist nicht am Holzweg. Die älteren Jahrgänge erinnern sich genau, so etwas schon einmal gehört zu haben.

Vor dem zweiten Weltkrieg war es vor allem der von den imperialistischen Großmächten beherrschte „Völkerbund", der seine Friedenstauben in die Lüfte fliegen ließ, um davon abzulenken, daß am Boden schon die Panzer und Bomben für den nächsten Krieg produziert wurden. „Wenn die Oberen vom Frieden reden, weiß das gemeine Volk, daß es Krieg gibt. Wenn die Oberen den Krieg verfluchen, sind die Gestellungsbefehle zumeist schon ausgeschrieben". Diese Worte hat Bertold Brecht vor der Machtergreifung Hitlers niedergeschrieben und sie haben nach wie vor ihre Gültigkeit. Denn die Gesetze des Kapitalismus sind unabänderlich: Profitgier führt zu Krisen und Krieg!

Und was der Pseudokommunist Aboltin im Auftrag seiner kriegstreiberischen Oberherren im Kreml von sich gibt, ist der gleiche tödliche Betrug, wie er 1914 von den arbeiterverräterischen Führern der Sozialdemokratie geübt wurde, als sie die Arbeiter für „Kaiser und Vaterland" zum Sterben in den Krieg um Weltherrschaft und Profit schickten. Die Verräter im Gewande von „Arbeiterführern" zu durchschauen und zu bekämpfen, ist heute wichtiger denn je. ●

**Ein Leserbrief**

## DIE „SOZIALEN" STADTVÄTER

Wir gehen schon sehr lange ins Dianabad schwimmen. Bei unserem letzten Besuch waren wir sehr überrascht, daß die Preise ohne vorherige genügende Ankündigung erhöht worden sind. Dabei beobachteten wir einen Vorfall, der uns sehr zu Herzen ging: Einige Kinder wurden von der Kassa weggeschickt, weil sie nicht genug Geld mitgehabt haben. Sie mußten mit traurigen Gesichtern wieder nach Hause gehen.

Dieser Vorfall erregte deswegen mein Interesse, weil uns doch die Vertreter der „roten" Gemeinde Wien immer einreden wollen, daß sie sich besonders um das Wohl und die Gesundheit der Jugend und der arbeitenden Menschen kümmern. Wie, haben diese Kinder anschaulich kennengelernt.

Nicht anders macht es die Bundesverwaltung, wo eine Regierung der „Arbeiterpartei" drastische Gebühren- Steuer- und Tariferhöhungen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung vornimmt und das ohne Ende. Durch die letzten Erhöhungen ist es für Kleinverdiener aber schon unmöglich, den Lebensstandard zu halten. Besonders trifft das bei den alten Menschen, den Pensionisten zu. Bei den Lohn- und Gehaltverhandlungen geht es aber nur um minimale Beträge, die in keinem prozentuellen Verhältnis zu den Tariferhöhungen stehen. Da wissen die Gewerkschaftsbonzen, daß „Verantwortungsbewußtsein" notwendig ist. Das sollen aber nur die Arbeiter aufbringen.

Was würden diese Herrschaften wohl sagen, wenn die Arbeiterschaft eine Erhöhung ihres Lohnes um hundert und mehr Prozent verlangen würde? Kein privater und gewerblicher Betrieb darf es wagen, für seine Erzeugnisse derartige Preiserhöhungen zu verlangen. Die Regierung macht das aber, weil sie so mehr Geld für Subventionen an die Unternehmer bekommt.

Darum sollten uns wir arbeitenden Menschen mit allen Mitteln gegen diese unverschämte Ausplünderung zur Wehr setzen.

A. R., Wien ●

Erklärung der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) zu der Entwicklung in China seit dem Tode Mao Tsetungs

# Treu dem Marxismus, dem Leninismus, den Maotsetungideen

Die Menschheit befindet sich in einer Epoche ihrer gesellschaftlichen Entwicklung, in der die Werktätigen vor der Notwendigkeit stehen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Der Kapitalismus ist zur allesbedrohenden tödlichen Gefahr geworden; das stellen Menschen, die denken, sehen und hören können, immer mehr fest. Karl Marx hat die Entwicklungsgeschichte der Menschheit analysiert und begründet, daß die Arbeiterklasse vor der geschichtlichen Aufgabe steht, dieses Profitsystem zu stürzen: um die Menschheit von allen Übeln der Ausbeutergesellschaft zu befreien, weil so der Mensch erst zum Menschen werden kann.

Seitdem haben die Lehren von Karl Marx Millionen arbeitender Menschen beflügelt. Welle um Welle sind sie vorwärtsgestürmt im Kampf um die Erfüllung der historischen Notwendigkeit. Vom Klassenbewußtsein getrieben, haben sie die Wurzeln von Ausbeutung und Unterdrückung, Not,Elend, Krise und Krieg im kapitalistischen System erkannt.

Die österreichische Arbeiterklasse ist dabei immer in den ersten Reihen des Kampfes gestanden und besitzt eine heldenhafte Tradition. In diesem Kampf haben die österreichischen Arbeiter aber auch eine Reihe von bitteren Erfahrungen gemacht. Weil sie auf Führer vertrauten, die in Wirklichkeit Opportunisten, Reformisten, Arbeiterverräter waren, mußten sie erleben, daß ihnen 1918 die Revolution gestohlen und in einem für den Sozialismus reifen Land die kapitalistische Macht befestigt wurde; daß in den dreißiger Jahren eine faschistische Gewaltherrschaft errichtet wurde; und daß Hunderttausende Werktätige auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges für imperialistische Räuber verbluten mußten. Und sie mußten erleben, daß nach 1945 wiederum der Kapitalismus gefestigt worden ist und auch heute der Sturz der Kapitalsdiktatur als historische Notwendigkeit immer noch vor ihnen steht.

Infolge des jahrzehntelangen Verrats herrscht unter den Arbeitern die Meinung vor, daß jeder Kampf ohnehin zwecklos sei, weil immer nur neue Machthaber auf dem Rücken des Volkes ihre Ausbeutungspolitik betreiben, daß „oben" immer wer herrschen wird und die „unten" immer nur arbeiten und kuschen müssen. Mit dieser Tatsache sehen sich die revolutionären Arbeiter, die Marxisten-Leninisten, konfrontiert, und damit müssen sie fertig werden.

Seit die arbeitenden Menschen den Kampf für ihre Interessen antraten, sind sie mit der Erscheinung konfrontiert worden, daß sie um die Früchte ihres Kampfes betrogen werden. Die Lehrer des Weltproletariats Marx, Engels, Lenin und Stalin haben immer den Kampf gegen arbeiterverräterische Opportunisten, Reformisten und Revisionisten geführt. Es ist der großartigste Beitrag zur Weiterentwicklung des Marxismus, den Mao Tsetung geleistet hat, indem er — nach der Wiederherstellung des Kapitalismus durch eine konterrevolutionäre Clique in der Sowjetunion und den meisten Ländern des sozialistischen Lagers — sowohl theoretisch durch die Analyse dieser historischen Erfahrungen als auch praktisch in der Großen Proletarischen Kulturrevolution den Weg gewiesen hat, wie die Arbeiter tatsächlich ihr Schicksal in den eigenen Händen halten und ihre Macht ausüben und bewahren können.

In der Kulturrevolution sind neue sozialistische Dinge entstanden, die im beständigen Klassenkampf die Entwicklung zur klassenlosen Gesellschaft vorwärtstreiben. Diese Neuerungen sind zum Beispiel, daß Funktionäre systematisch einen Teil ihrer Arbeitszeit bei manueller Tätigkeit zusammen mit Arbeitern und Bauern verbringen; daß Arbeiter immer mehr an der Leitung von Produktion, Verwaltung, Erziehungs- und Kulturwesen, Forschung usw. teilnehmen; daß Jugendliche mit Mittelschulbildung sich auf dem Land ansiedeln; daß im Unterrichtswesen die Theorie mit der Produktionspraxis aufs engste verbunden wird usw. usf. Und daß vor allem die arbeitenden Menschen zu Hunderttausenden, ja zu Millionen, den Marxismus als Richtschnur ihres Denkens und Handelns sich aneignen sowie als Prüfstein für die Ehrlichkeit ihrer Führer gebrauchen lernen. „Die Arbeiterklasse muß in allem die Führung innehaben" hat Genosse Mao Tsetung eindringlich festgestellt.

*

Gleichzeitig steht fest, daß in der sozialistischen Periode — das heißt in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, in der es noch bürgerliches Recht und andere Muttermale des Kapitalismus gibt — immer noch Klassen und Klassenkämpfe bestehen. Noch immer besteht der Unterschied zwischen geistiger und manueller Arbeit, zwischen Stadt und Land. Im Sozialismus wird noch eine unterschiedliche Entlohnung gemäß der Arbeitsleistung praktiziert, kann noch nicht nach den Bedürfnissen verteilt werden. Noch immer existiert — auch in den Hirnen der Werktätigen — bürgerliches Gedankengut. Alles das sind Überreste des Kapitalismus, bilden den Nährboden für das Fortbestehen beziehungsweise Neuaufkommen von Klassen, von Kapitalismus und Bourgeoisie. Die gestürzte Bourgeoisie exisiert noch, den die betreffenden Menschen und ihre Familienmitglieder leben noch, und neue kapitalistische Elemente kommen auf — auch im Sozialismus. Und die Ausbeuterklasse gibt sich niemals geschlagen und trachtet stets, ihr „verlorenes Paradies" der Ausbeutung und Unterdrückung wiederherzustellen.

Mao Tsetung hat gesagt, welchen Weg die Bourgeoisie dabei nur einschlagen kann: nämlich sich Machtpositionen in der proletarischen Partei selbst zu erobern. „Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt. Sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei — es sind die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg. Die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg immer noch."

Das sind Worte, die uns revolutionären österreichischen Arbeitern aus dem Herzen gesprochen sind, und die wir sofort verstehen. Denn daß in Österreich eine Ausbeuterwirtschaft betrieben werden kann, die für die Kapitalisten der ganzen Welt zum Studienobjekt geworden ist, beruht einzig und allein auf der Tatsache, daß an der Spitze der „Arbeiterpartei" SPÖ Leute stehen wie Kreisky, Androsch, Benya, Kienzl, Klenner usw., die nichts anderes sind als Machthaber neuer, bürokratischer Prägung. Machthaber, die vom Sozialismus reden, aber Kapitalismus praktizieren.

*

Seit dem Tode Mao Tsetungs sind in China schwerwiegende Ereignisse vor sich gegangen. Die revolutionären Arbeiter, die Marxisten-Leninisten, hören davon und studieren sie. Sie vergleichen sie mit den Weisungen des Genossen Mao Tsetung, die für die Fortsetzung der sozialistischen Revolution wichtig und bindend sind. Wir sind dabei zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die Maotsetungideen nicht mehr befolgt werden, daß im Gegenteil unter Berufung auf Mao Tsetung der Kampf gegen die Maotsetungideen geführt wird.

Das ist bitter, und es fällt uns schwer, das zu sagen, aber es muß gesagt werden. Wir sind dazu verpflichtet, weil auch die österreichischen Arbeiter sofort und spontan davon gesprochen haben, daß nun auch in China wieder, auf das sie immer mehr und hoffnungsvoll geblickt haben, die Arbeiter ihre Macht verloren haben.

Heute wird in China einer Entwicklung der Weg vorbereitet, daß — wie es Mao Tsetung formuliert hat — die konterrevolutionäre Restauration das ganze Land erfassen, die marxistisch-leninistische Partei sich in eine revisionistische, faschistische Partei verwandeln, und ganz China die Farbe wechseln kann. Alle Errungenschaften der Kulturrevolution werden angegriffen. Die Theorie der Produktivkräfte wird hervorgeholt, gemäß der die Werktätigen nur arbeiten und kuschen und den Befehlen der „Intellektuellen" und „Gescheiten" folgen müssen. Bei der Vorbereitung auf den Kriegsfall sind nicht mehr die Menschen entscheidend, sondern die moderne Kriegstechnik. Die nationalen Reichtümer werden ausverkauft und so der Weg einer neuen, neokolonialistischen Ausplünderung geöffnet, womit die marxistisch-leninistische Analyse Mao Tsetungs über die drei Welten unterlaufen wird und nur die Supermächte im Kampf gegen die gegenwärtige Hauptkraft der Revolution, die Dritte Welt, Nutzen daraus ziehen. Und die große Aussage Mao Tsetungs, daß Rebellion gegen Reaktionäre berechtigt ist, wird mit der Phrase bekämpft, den Führern in allem und jedem zu „gehorchen" und „alle Befehle zu befolgen", um so den Arbeitern und Bauern den Klassenkampf und die Ausübung der Macht zu verbieten.

Der revolutionäre Weg geht in Windungen und Wendungen vor sich. Mao Tsetung hat gesagt: „Sollte es in China zu einem von den Rechten inszenierten, antikommunistischen Staatsstreich kommen, so bin ich fest davon überzeugt, daß sie niemals Ruhe finden werden, daß ihre Herrschaft sehr wahrscheinlich kurzlebig sein wird, denn alle Revolutionäre, welche die Interessen von mehr als neunzig Prozent der Bevölkerung vertreten, werden das nicht zulassen."

Wir haben einen weltweiten Angriff gegen die Maotsetungideen vorausgesagt. Wir haben uns dazu verpflichtet, diesen Angriff zurückzuschlagen und die Maotsetungideen hochzuhalten, weil sie der unbezwingbare Wegweiser der werktätigen Menschheit in eine glanzvolle Zukunft sind.

Ohne die Ideen Mao Tsetungs und die von ihm eingeleitete und geführte Große Proletarische Kulturrevolution hätte sich auch die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) nicht gründen, nicht konsolidieren und weiterentwickeln können. Und ohne die Maotsetungideen gibt es keine Perspektive für die arbeitenden Menschen.

Wir können nicht abschätzen, wie lange die Rechten in China ihre Macht gegen den unweigerlichen Ansturm der Volksmassen behaupten werden. Wir fühlen uns jetzt schon zu dieser Erklärung verpflichtet. Denn wir lassen uns die Maotsetungideen, diese unüberwindliche Waffe der Werktätigen im Kampf für ihre Interessen, im Kampf gegen die Hegemoniepolitik der Supermächte, gegen Imperialismus und Kapitalismus, für die Volksmacht, für die sozialistische Revolution nicht rauben!

Unsere Solidarität und Kampfverbundenheit gilt den chinesischen Genossen, den arbeitenden Menschen Chinas, die mit ihrem Leben für die revolutionäre Sache eintreten und so gemäß den Lehren Mao Tsetungs ein Vorbild setzen, unter keinen Bedingungen zu resignieren und stets am Kampf festzuhalten. Der Stein, den die Reaktionäre in China gegen das Volk erhoben haben, wird auf ihre eigenen Füße fallen.

Hoch der Marxismus! Hoch der Leninismus! Hoch die unsterblichen Maotsetungideen!

Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

**1. MAI:**
**KUNDGEBUNGEN DER VRA**

WIEN:
Treffpunkt um 9 Uhr am Burgring beim Maria-Theresia-Denkmal

TIROL:
Treffpunkt um 9.30 Uhr, Höttingerstraße 11

VORARLBERG:
Treffpunkt: 18.30 Uhr in Lochau im Gasthaus „Wellenhof".

## EINIGE ASPEKTE IM KAMPF GEGEN ATOMKRAFTWERKE

In den letzten Nummern der „Volksmacht" wurde auf verschiedene Gefahren im Zusammenhang mit Atomkraftwerken hingewiesen. Es gibt aber nicht nur Argumente gegen Atomkraftwerke, die dem Bedürfnis nach Gesundheit entsprechen, sondern in der heutigen weltpolitischen Situation durchaus gewichtige politische Gründe.

Wie bekannt sollen die Lieferverträge für den Kraftwerksbrennstoff (Uran) mit der Supermacht Rußland bereits abgeschlossen worden sein. Ist das nicht nationaler Ausverkauf, kommt das nicht einem Landesverrat gleich, wenn die Machthaber in Österreich in der Energieversorgung auf die eine oder andere Supermacht bauen, anstatt sich vernünftigere Dinge zu überlegen?

Im Kampf gegen Atomkraftwerke stoßen wir direkt auf die Fragen der Energiepolitik in Österreich und damit auf Fragen der Wirtschaftpolitik überhaupt. Deshalb müssen sich die Atomkraftwerksgegner auch mit diesen Fragen auseinandersetzen und die Notwendigkeit erkennen, daß man sich von den Versuchen, uns von Rußland abhängig zu machen, mit aller Deutlichkeit distanzieren muß. Das beginnt bei der sogenannten „K"PÖ, die ja gar nichts gegen Atomkraftwerke hat, weil ja Rußland auch welche baut, ja sogar so „freundlich" ist, uns Österreichern das Uran zu verkaufen und bei einigen Menschen in Österreich noch immer als „fortschrittliches" Land angesehen wird. Und das endet bei der Regierung, die immer mehr mit den russischen Sozialimperialisten zusammenarbeitet.

Der Beweis wurde von Handelsminister Staribacher auf einer Pressekonferenz am 12. April selbst geliefert. Ein neues Energieprojekt sehe nämlich den Transport von mit Wasser vermischtem Kohlepulver durch eine aus Kattowitz in Polen nach Österreich führende Pipeline vor, weiters existiere der Vorschlag, von den russischen Machthabern eine Milliarde Kilowatt Strom jährlich zu kaufen.

Es wäre also dringend notwendig, daß die Atomkraftwerksgegner zu solchen „Energiealternativen" entschieden Nein sagen und damit auch jedem das Wasser abgraben, der behauptet, die Bürgerinitiativen seien aus Moskau finanziert. Das österreichische Volk hat nicht das geringste Interesse, sich von den faschistischen Kriegstreibern im Kreml wirtschaftlich abhängig zu machen.

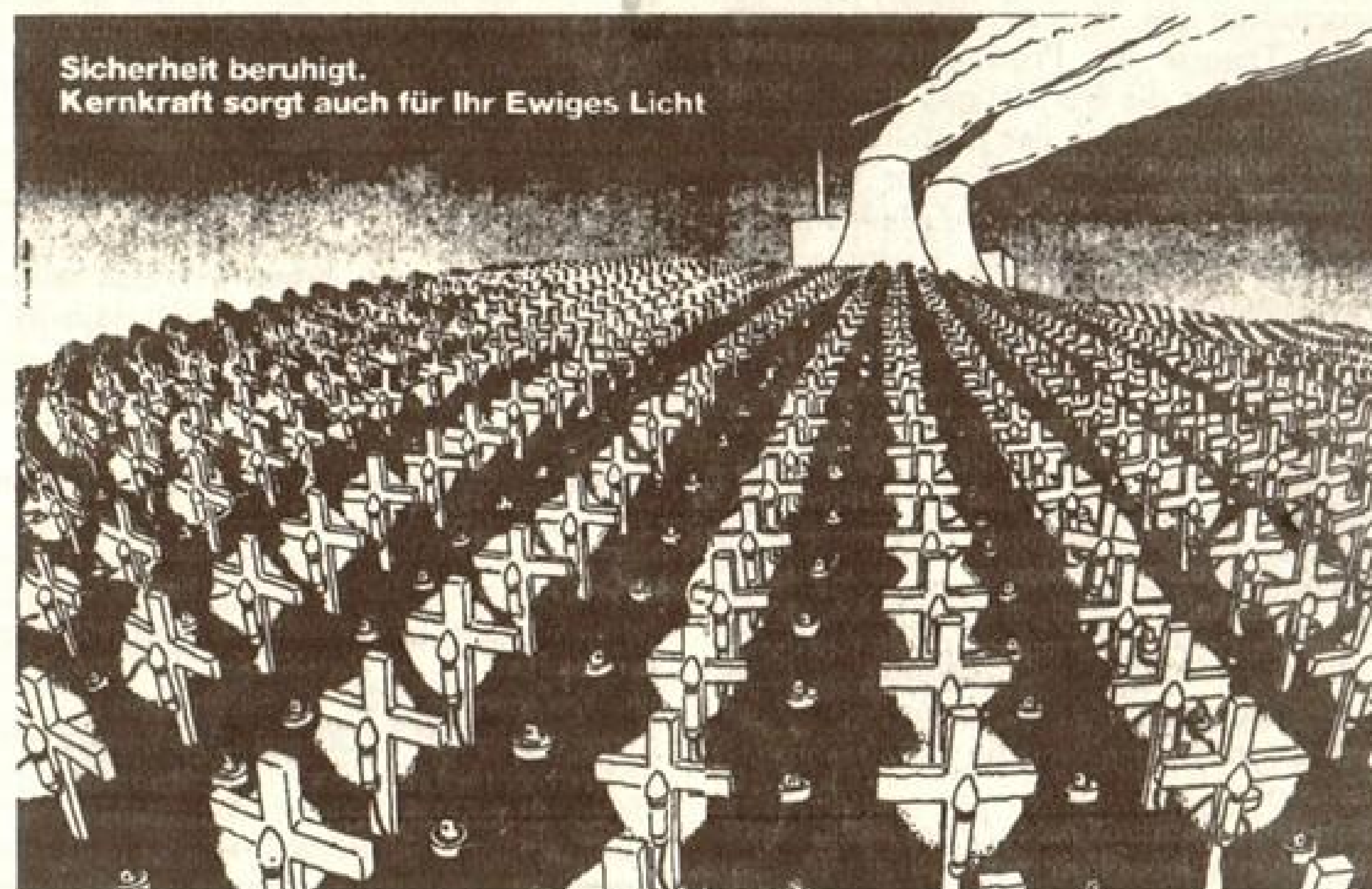
Ein anderer Aspekt: Durch das Weltherrschaftsstreben der beiden Supermächte wird die Kriegsgefahr immer größer. Es werden dazu schon Gedanken „ventiliert", daß ein dritter Weltkrieg durchaus „nur" mit „konventionellen" Waffen geführt werden könnte. Die Zielgenauigkeit ferngesteuerter Flugkörper mache Flächenbombardements durch Atombomben – um strategisch wichtige Ziele zerstören zu können – wieder überflüssig. Außerdem wäre die demoralisierende Wirkung auf die eigenen Soldaten durch taktische Atomwaffen zu groß, weil dadurch ganze Kompanien der eigenen Leute vernichtet würden, und niemand mehr kämpfen würde, da ja keine „Überlebenschance" bestehe.

Was ist aber, wenn in einem „konventionellen" Krieg ein Atomkraftwerk von ganz „normalen" Raketen oder Granaten getroffen wird? Gibt es dann keine Katastrophe? Was ist, wenn Atomkraftwerke von einer Supermacht zum Mittel der Erpressung gemacht werden, nach dem Motto: Entweder ihr macht uns diese und jene politischen Zugeständnisse oder wir jagen ein Atomkraftwerk in die Luft? Bei den bisherigen Wahnsinnsakten der beiden Supermächte sind solche Handlungsweisen durchaus möglich.

Aspekt „Energiepläne" der „Experten": Man könnte sie direkt schwachsinnig nennen. Bei den von den bürokratischen Kapitalisten gewünschten Wachstumsraten müßten wir bei dem geplanten fünfprozentigen Produktionszuwachs und dem dazu „notwendigen" siebenprozentigen Energiezuwachs in 25 Jahren um 100 Prozent mehr produzieren und um 150 Prozent mehr Energie verbrauchen als bisher.

Wovon aber die Politiker aller Schattierungen mit der sogenannten „Energiedebatte" ablenken wollen, ist die Tatsache, daß es die kapitalistische Produktionsweise selbst ist, die Unmengen von Energie nutzlos verschleudert. Man denke nur an die sinnlose Ausweitung bestimmter Produktionszweige (Verpackungsindustrie, Autoindustrie usw.). Das Energieproblem ist ein Problem der kapitalistisch organisierten Wirtschaft, ein Problem der Herrscher in unserem Land. Wenn das Volk seine Macht über diese Herrschaften ausüben wird, gibt es auch keine „Energiekrise" mehr. Weil dann die Wirtschaft nach den Gesetzen der Vernunft und der Bedürfnisse der Menschen und nicht nach dem des Profits gelenkt werden wird.

R. P., Tirol ●




## Sei zufrieden, sei zufrieden ...

Nach der erfolgreich abgeschlossenen Lohnraubrunde bei den Metall- und Bergarbeitern wurden jetzt auch den Bauarbeitern die „Haare geschnitten"; von den Unternehmern und einer Gewerkschaftsführung, deren Aufgabe es ist, die Arbeiter ruhigzuhalten und damit die Ausbeutung zu sichern. Die Revisionisten der „K"PÖ – nach eigenen Aussagen Befürworter des Klassenkampfs – stimmten in der Gewerkschaft dem Lohnraub an den Bauarbeitern zu.

Bancsich, führender Funktionär des „kommunistischen Linksblocks", erklärte sinnig, seine Fraktion hätte dem Ergebnis „vor allem wegen der verbesserten Nebenleistungen zugestimmt". Ein „besseres Ergebnis" als die 8,8 Prozent sei vor allem „durch die zurückhaltende allgemeine Lohnpolitik des ÖGB verhindert" worden. („Volksstimme", 29. März 1977.)

Der Lohnraub bei den Bauarbeitern ist eklatant. Bewilligt wurde, wie beim letzten Abschluß, ausschließlich eine Erhöhung des Kollektivvertragslohnes, was bedeutet, daß de facto nichts draufgegeben wird, da am Bau ja fast niemand mehr auf dem KV-Mindestlohn steht.

Was sagen uns immer die „Revolutionäre" in der „K"PÖ-Führung: „Schuld sind immer die anderen, stärkt den Linksblock, wählt KPÖ"; das sind die Schlußfolgerungen dieser „Partei des Klassenkampfes".

Tatsächlich blasen die „K"PÖ-Führer ins gleiche Horn wie die SP-Bonzen, die mit großem Tamtam über „Abfertigungen" und „verbesserten Nebenleistungen" von der Lohnfrage ablenken. Dazu wäre noch zu sagen, daß die kollektivvertraglichen Verbesserungen der Nebenleistungen gar nicht so „grandios" sind, wie sie dargestellt werden.

Wo allerdings die Pseudo-Kommunisten vom Höchstädtplatz in Betrieben stark sind, können sie nicht so leicht sagen, daß „die anderen schuld sind". So in der Brunner Glasfabrik, wo die „Kommunisten" so „gestärkt" sind, daß es mehr gar nicht mehr geht. Dort sind nämlich sie die absoluten „Betriebsratskaiser".

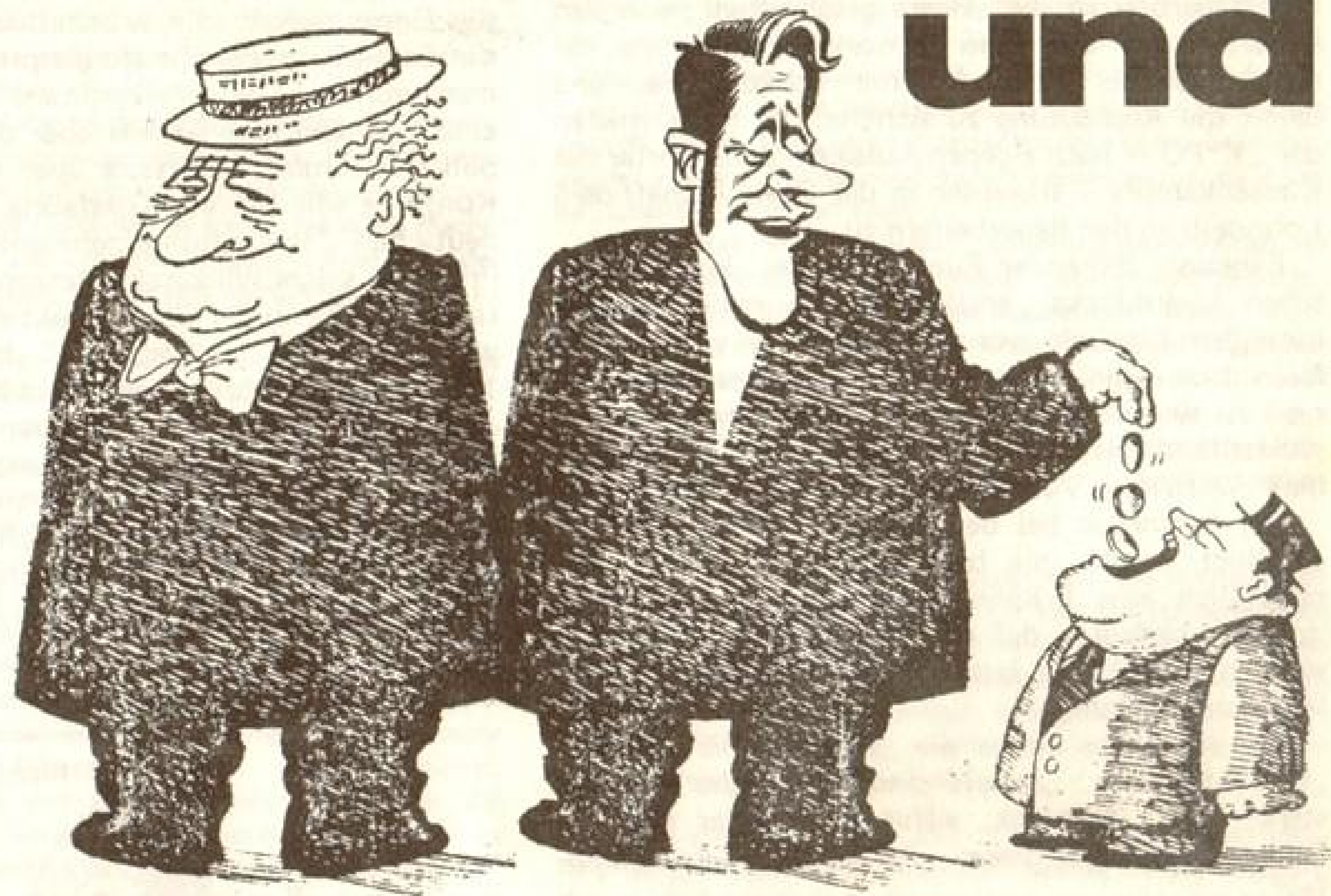
In der Brunner Glasfabrik wurde Ende 1976 die Fensterglasproduktion eingestellt. Die „Kommunisten" im Betriebsrat haben dort nicht etwa die Kollegen zum Kampf zur Sicherung der Arbeitsplätze mobilisiert – wie man das doch annehmen müßte von einer „Partei des Klassenkampfes". Die „K"PÖ-Bonzen im Betriebsrat haben zuerst den Abbau der ausländischen Kollegen sanktioniert, die anderen Beschäftigten der stillgelegten Abteilung wurden dann mit dem „Zuckerl" zu beruhigen versucht, daß sie in anderen Abteilungen beschäftigt würden. Allerdings zu einem niedrigeren Lohn, denn der „alte" – höhere – Lohn wird nur für eine kurze Zeit weiterbezahlt. Ein großer Teil dieser Kollegen wurde aber mit einer „Prämie" für den Austritt aus dem Betrieb geködert. Aus den Arbeitern herausgepreßter Mehrwert wurde also zum Teil dazu verwendet, den „sozialen Frieden" aufrechtzuerhalten, wobei damit natürlich auch die „K"PÖ-Betriebsräte einverstanden waren, brauchten sie so doch nicht einen selbständigen Kampf der Arbeiter zu fürchten.

In der „Volksstimme" und in der Brunner Glasfabrik jammerten dann diese Arbeiterverräter, daß „nichts zu machen" gewesen sei, weil die Mandatare, die Gewerkschaft, die Arbeiterkammer nichts gegen die Schließung der Fensterglasproduktion unternehmen wollten. Die „Volksstimme" alterierte sich in einem ganzseitigen Artikel über die Übel des Monopolkapitalismus, besonders über die internationalen Konzerne (die Brunner Glasfabrik gehört einem westdeutschen Monopolunternehmen), die wegen ihrer Profitgier solche Willkürakte setzen. Beispiele über Rationalisierung in der Glasproduktion wurden dabei erwähnt. Was die „Volksstimme" aber verschweigt: Als 1975 eine Glasfabrik eben dieses Konzerns in Belgien zugesperrt werden sollte, da haben die Arbeiter dieses Betriebes keine Bittgänge zu „Mandataren", „Gewerkschaft" etc. gemacht. Sie haben ihren Betrieb damals besetzt und konnten im einheitlichen Kampf, gestützt auf ihre eigene Kraft, die Schließung des Betriebes verhindern und so ihre Arbeitsplätze und Löhne sichern.




Eine solche Entwicklung liegt aber natürlich nicht im Interesse der „K"PÖ-Arbeiterverräter. Schließlich könnten Arbeiterkämpfe in Österreich ja auch die Betriebe des „K"PÖ-Osthandelskonzerns in „Mitleidenschaft" ziehen. Und wenn Arbeiter selbst ihre Interessen in die Hand nehmen, dann werden auch die „K"PÖ-Bonzen unnötig werden. Sowohl in ihrer Funktion als ungefährliche „Linke" für die kapitalistischen Ausbeuter in Österreich als auch für ihre sozialimperialistischen Hintermänner in Rußland. Oder etwa nicht? ●

# Sie sind sozial und



# demokratisch

## Deshalb setzen sie sich für Minderheiten ein. Für Unternehmer, Großgrundbesitzer, Bankiers...

Wir von der VRA verstehen unter sozial was anderes. Zum Beispiel eine Steuerreform, die nicht den Unternehmern, sondern endlich einmal den Lohnsteuerzahlern etwas bringt. Und wir verstehen unter demokratisch was anderes. Zum Beispiel, daß die Regierung nicht eine Minderheit von reichen Parasiten verhätschelt, sondern den sprachlichen Minderheiten in Österreich zumindest die ihnen staatsvertraglich zustehenden Rechte nicht vorenthält. Und daß die werktätige Bevölkerung Österreichs nicht nur alle vier Jahre bei einer Scheinwahl „zu den Urnen schreiten" darf, sondern daß sie vor allem in den Betrieben – also am Arbeitsplatz – und in der Politik etwas zu reden hat.

Haben Sie ähnliche Ansichten? Dann lesen Sie

# Für die Volksmacht

die Zeitschrift der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs. Bestellen Sie ein Abonnement (17 Nummern S 50,–, Einzelpreis S 3,–) oder ein paar Probehefte bei einer der folgenden Adressen: VRA, 1205 Wien, Postfach 3; VRA, 6020 Innsbruck, Höttingergasse 11; 6923 Lauterach, Postfach 66.

„Für die Volksmacht." Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl; alle 1200 Wien, Universumstraße 40/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien.

## „Und bist du nicht willig, . . .

. . . so brauch ich Gewalt". Wer kennt diesen Ausspruch nicht? Nach diesem Motto greift die herrschende Ausbeuterklasse jetzt in die „Diskussion" über den Bau von Atomkraftwerken in Österreich ein.

Man erinnert sich: Über den Bau von Kernkraftwerken hat die Kreisky-Regierung eine Reihe von öffentlichen Diskussionen veranstaltet, mit Pro- und Kontrarednern. Diese Veranstaltungen waren als Aushängeschild sogenannter „Demokratie" gedacht. Man glaubte, sich auf die „österreichische Mentalität" verlassen zu können und darauf, daß die österreichische Bevölkerung wenig Anteilnahme zeigen würde. Angestrebte Aussage: „Ein paar Gegner gibt's, doch die Mehrheit hat nichts dagegen. Also wird gebaut und in Betrieb genommen." (Eine echte Aufklärungskampagne wurde von den Massenmedien ja nicht betrieben.)

Es kam aber anders. Einige Gruppen von Gegnern der Atomkraftwerke, die von deren Gefahren unmittelbar betroffen sind, haben sich in Vorarlberg und Oberösterreich zusammengeschlossen und den Kampf gegen den Bau von Kernkraftwerken aufgenommen. Sie fanden ziemlich rasch Unterstützung und Zustimmung, zumal in anderen Ländern von der betroffenen Bevölkerung ebenfalls heftige Proteste gegen die AKW stattfanden.

Wenn sich die Menschen um ihre Interessen selbst kümmern, dann ist der „Ofen" aus und die „Demokratie" hört auf. Dann werden „Scharfe" gemacht. Breit aufgemacht ließ die Regierung verkünden, die letzte Diskussionsveranstaltung in der Wiener Stadthalle müsse abgesagt werden, weil „Ausschreitungen zu befürchten" seien.

Solcherart hatten Zeitungen und Rundfunk ihren Fingerzeig, und flugs wurden die Gegner der Atomkraftwerke als „Terroristen", „Radikalinskis", „Radaubrüder" usw. bezeichnet, mit denen natürlich kein „anständiger" Mensch etwas zu tun haben dürfe. Diese Kriminalisierung ist ausgesprochener Rufmord an ehrlichen Menschen, die für ihre Interessen eintreten.

Dem ersten folgte sofort der zweite Scharfmacherschritt. Eine „Konferenz der Energiewirtschafter" beriet über „Notstandsmaßnahmen" für den Fall, daß das Atomkraftwerk Zwentendorf nicht wie vorgesehen in Betrieb gehen könne. Weil es ohne Atomstrom nicht geht, wie behauptet wird, wird schlicht und einfach eine zeitweilige Stromabschaltung angekündigt. Möglicherweise schon im Winter 1977/78. Motto dieser Drohung ist etwa: „Wollt's nicht, dann werdet ihr schon sehen" bzw. nichts mehr sehen, weil der Strom abgeschaltet wird.

Das ist Brutalität sondergleichen. Damit soll die Mehrheit der Bevölkerung, die über die lebensbedrohenden Fragen der Atomkraftwerke noch gar nicht nachgedacht hat, gegen die Gegner der AKW gehetzt werden, weil die ganz einfach als „schuld an der Misere" hingestellt werden. Das ist Volksverhetzung in Reinkultur.

Daß es so kommen würde, war nicht schwer vorauszusehen. Zieht der „demokratische" Betrug nichts mehr, lassen sich die Menschen nicht mehr alles einreden, weil sie selbst zu denken beginnen, dann kommt seitens der kapitalistischen Machthaber stets die Gewaltanwendung. Alles nur, damit der Profit gesichert bleibt. Dagegen muß man sich erst recht zusammenschließen. ●

